Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 07. Februar 2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses
- Fortsetzung der Haushaltsberatung vom 06. Februar 2002 -

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:
2. Bürgermeister Böhm
Stadträtin Link-Bauer
Stadtrat Lux
Stadtrat Dr. Oschmann
Stadtrat Schardt (ab Ziffer 3 A b)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 3 A a; bis Ziffer 4 D a)
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein
SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Fabian
Stadträtin Gold
Stadtrat Heisel
Stadtrat Hertel (ab Ziffer 3 A c)
Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat Seelkopf (bis Ziffer 4 J)
FBW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Haag (ab Ziffer 1)
Stadtrat Haupt (ab Ziffer 4 B)
Stadträtin Wachter (außer Ziffer 4 H a)
KIK-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Konrad
Stadtrat Özdil
Stadtrat Popp
USW-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Lorenz (ab Ziffer 1)
Stadtrat Müller
ÖDP-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Amsrätin Erdel
Verw.angstellte Slanina
Amtfrau Hartmann
Dipl.-Ing. Richter
Oberamtsrat Schwarz

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Sauerbrey

Stadtrat Conrad
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Michelsen

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Moser auf seine Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung hin, die jedem Stadtratmitglied vorliegen. Diese Vorschläge sollen dann am 14.02.2002 ergänzt werden.

1. Information bezüglich LF 8 der Feuerwehr Sickershausen

Bezüglich der Anfrage von Stadtrat Müller vom 05.02.2002, bezüglich der Reparaturkosten des LF 8 in Sickershausen, berichtet Oberamtsrat Schwarz kurz über die angefallenen Reparaturen.

2. Anfrage von Stadträtin Fabian

Stadträtin Fabian erinnert an die Diskussion bezüglich des Werbemobils. Sie möchte wissen, ob Amtmann Hartner auf den Stadtjugendpfleger diesbezüglich zugegangen sei. Amtmann Hartner erwidert, dass Stadtjugendpfleger Popp gerne ein solches Auto gehabt hätte, aber aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten mit der Finanzierung durch Werbung einsehe, dass es derzeit in Kitzingen wohl unmöglich sei.

3. Beratung des Vermögenshaushaltes 2002 und des Investitionsprogramms 2001 bis 2005

A) Einzelplan 7

a) Hst. 7850.9505 – Generalinstandsetzung Weg Bleichwasen zur Konrad-Adenauer-Brücke

Die CSU-Fraktion beantragt die Streichung der Haushaltsmittel in 2002 (25.000 €), da sie die Generalinstandsetzung des Weges vom Bleichwasen zur Konrad-Adenauer-Brücke im Hinblick auf die „Kleine Gartenschau“ nicht für erforderlich halten.

Stadtrat Heisel ist der gleichen Meinung.
Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den Ansatz in Höhe von 25.000 € von 2002 in den Finanzplanungsrest zu verschieben. Er regt aber auch an, im nächsten Jahr eventuell Mittel hierfür einzustellen, wenn diese notwendig werden (je nach Entscheidung zur kleinen Gartenschau).

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Hst. 7911.9501 – Informationsbuchten an der B 8 und der St 2271

Zu dieser Haushaltsstelle liegen zwei Anträge vor.

Die CSU und die KIK verlangen bezüglich der Informationsbuchten an der B 8 und der St 2271 die Vorlage einer Kostenaufstellung.

Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert zunächst, wie die vorgesehenen Informationsbuchten aussehen werden und wo diese aufgestellt werden sollen.
Stadtrat Mahlmeister regt an, die in Repperndorf vorhandene Buch herzurichten und hier eine Informationstafel anzubringen. Bezüglich des Standortes an der St 2271 schlägt er vor, die große Parkbucht zwischen Hohenfeld und Marktbreit dafür zu verwenden.
Oberbürgermeister Moser nimmt diese beiden Anregungen auf und sagt eine Überprüfung zu. Für die beiden Informationstafeln und die jeweilige Beleuchtung, schlägt er vor, 15.000 € einzustellen. Der für das Jahr 2002 vorgesehene Ansatz von 46.000 € kann somit um 31.000 € reduziert werden.

- Mit 24 : 0 Stimmen –

Bei Haushaltsstelle 7911.9501 – Informationsbuchten an der B 8 und der St 2271 – werden in 2002 15.000 € eingestellt.

c) Hst. 7911.9680 bzw. 6151.9502 – Infotafeln, Hinweistafeln und Stadtpläne im Stadtgebiet

Die SPD beantragt die Aufstellung von Hinweisschildern entlang der Mainradwege (Gastronomie und Tourismusbüro). Hierfür möchten sie 2.000 € in 2002 einstellen.

Die USW regt an, im Haushaltsjahr 2002 30.000 € einzustellen, um Informationstafeln im touristisch interessanten Altstadtbereich aufzustellen.

Dipl.-Ing. Lepelmann informiert zunächst, dass der Auftrag für die Informationstafeln erteilt worden ist. Er zeigt dem Gremium den Vorentwurf, der unter anderem das Parkleitsystem und Sehenswürdigkeiten von Kitzingen aufweist. Er weist noch darauf hin, dass der Firma deutlich gemacht worden ist, dass die Informationstafeln spätestens am 30.03.2002 montiert sein müssen, da dann die Fremdenverkehrssaison beginnt.
Stadtrat Müller will noch einzelne Hinweisschilder angebracht wissen, damit die Touristen durch Kitzingen „geführt“ werden.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, dies in die weiteren Überlegungen miteinzubeziehen.
Stadtrat Schardt zeigt anhand einer Folie noch eine andere Gestaltungsmöglichkeit auf.
Auch hier sagt Oberbürgermeister Moser zu, diesen Vorschlag mit aufzunehmen.
Eine Kopie des Vorentwurfs wird an alle Fraktionen verteilt.

Hiermit besteht Einverständnis. Zusätzliche Mittel werden nicht bereitgestellt.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

B) Einzelplan 8

a) Hst. 8800.9320 – Erwerb von unbebauten Grundstücken

Die FBW-Fraktion beantragt die Einstellung von Mitteln für den Grundstückskauf bezüglich des Neubaus der Realschule.

Die Verwaltung macht in ihrer Stellungnahme deutlich, dass bei UA 8800 im Jahre 2002 bereits die erforderlichen Mittel (50.000 €) bereitgestellt worden sind.

b) Hst. 8801.9320 – Erwerb Eckhaus Schrannenstraße 34/ Ritterstraße

Die FBW beantragen den Erwerb des Eckhauses Schrannenstraße Nr. 34 / Ritterstraße.

Die Verwaltung stellt in ihrer Stellungnahme fest, dass die finanzielle Lage der Stadt einen Erwerb und Abbruch nicht zulassen. Sie weist darauf hin, dass eine Sanierung des Gebäudes durch den Eigentümer über Städtebauförderungsmitteln bezuschuss werden kann.

Stadtrat Straßberger ist der Auffassung, dass die Stadt in solchen Fällen nur vermittelnd tätig werden soll.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, seitens der Verwaltung auf den Eigentümer zuzugehen und ihn auf die Möglichkeiten der Förderung hinzuweisen.

Hiermit besteht Einverständnis.

c) Hst. 8800.9320 – Erwerb von unbebauten Grundstücken

Stadtrat Dr. Oschmann bezieht sich nochmals auf den geplanten Neubau der Realschule. Er will wissen, ob alle hierfür benötigten Grundstücke bereits in städtischer Hand sind.
Oberbürgermeister Moser erwidert, dass bis auf eines, für das ein Optionsvertrag angestrebt ist, bereits alle Grundstücke im Eigentum der Stadt Kitzingen sind.

d) Hst. 8801.9401 – Generalsanierung Grabkirchgasse 6

Die CSU fragt in ihrem Antrag nach der Notwendigkeit der Generalsanierung der Wohnungen in der Grabkirchgasse 6.

Dipl.-Ing. Lepelmann macht deutlich, warum eine Generalsanierung unbedingt erforderlich ist.
Stadtrat Weiglein stellt klar, dass es ihm lediglich um eine Kostenreduzierung geht. Bei einer Generalsanierung des Gebäudes käme jede Wohnung auf 50.000 € Kostenanteil.
Oberbürgermeister Moser regt an, die Haushaltsmittel als Merkposten im Haushalt stehen zu lassen und beim Maßnahmenbeschluss über eine Kostenreduzierung zu diskutieren.
Stadträtin Link-Bauer schlägt noch vor, bei der Diskussion über den Maßnahmenbeschluss auch die Kosten vorzulegen, die in den letzten Jahren in das Gebäude investiert worden sind.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die Ansätze im Einzelplan 8 bleiben unverändert.

4. Beratung des Verwaltungshaushaltes 2002

A) Allgemeiner Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD stellt den Antrag, die Beratung des Verwaltungshaushalts auf die eingereichten Anträge der Fraktionen bzw. Gruppen zu beschränken.
Stadtrat Müller kann dem Antrag grundsätzlich zustimmen, bittet aber darum, auch noch zusätzliche Fragen oder Anträge zu behandeln.
Stadtrat Weiglein bezieht sich gleich auf die Gruppierung 6589 und möchte wissen, warum die Rechnungsergebnisse auf Null stehen, aber immer wieder Ansätze im Haushalt eingestellt werden. Er will generell wissen, wie so etwas zustande kommen kann.
Amtsrätin Erdel erklärt, dass es sich hier um vermischte Ausgaben bzw. sonstige Geschäftsausgaben handelt, die jeder Verwaltungseinheit zur Verfügung steht. Jedem Sachgebiet soll die Möglichkeit gegeben werden, ihren Geschäftsbedarf zu decken, ohne einen Haushaltsüberschreitungsantrag zu stellen. Wenn keine Anschaffungen getätigt werden, bleibt das Rechnungsergebnis „0“.
Oberbürgermeister Moser stellt nun den Antrag der SPD und den Vorschlag von Stadtrat Müller zur Abstimmung.

- Mit 24 : 0 Stimmen –

Dem Antrag der SPD, die Beratung des Verwaltungshaushaltes auf die eingereichten Anträge der Fraktionen bzw. Gruppen zu beschränken wird zugestimmt.
Zusätzlich Fragen oder Anträge werden im Anschluss daran behandelt.

B) Gruppierung 5420, 5441, 6342, 6343 – Heizungs- und Stromkosten

Die CSU fordert zum einen eine Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse 1998 bis 2001 und eine Untersuchung, weshalb sich die hohen Zuwächse ergeben haben. Auch verlangt sie die Abgabe einer Stellungnahme durch den Oberbürgermeister, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreifen kann, um die Energiekosten erheblich zu senken.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass in vielen Bereichen bereits Stromkosten eingespart werden konnten.
Dipl.-Ing. Lepelmann fügt noch an, dass der Verbrauch auch von den Benutzern der Einrichtungen abhängt.
Stadträtin Schmidt kann sich vorstellen, dass durch die Budgetierung dieser Posten der Verbrauch gesenkt werden kann.
Amtsrätin Erdel erwidert, dass dies bei den beiden Siedlungsschulen versucht werden soll, allerdings erst nach kompletter Fertigstellung der Sanierung. Sie weist aber darauf hin, dass eine Grundlage und Erfahrungswerte benötigt werden.
Oberbürgermeister Moser nimmt den Vorschlag von Stadträtin Schmidt auf.
Stadtrat Popp bezieht sich auf seinen Antrag bezüglich der Einstellung einer ABM-/SAM-Stelle oder die Beauftragung eines städtischen Mitarbeiters hinsichtlich der Umsetzung des Energiesparkonzeptes. Für die Einstellung einer ABM-/SAM-Kraft sollen im Haushalt 2002 17.500 € eingestellt werden.
Stadtrat Schardt erinnert in diesem Zusammenhang an die neue Energieverordnung 2002.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß entgegnet, dass die Verordnung noch nicht beschlossen worden ist. Sobald diese vorliegt, wird darüber beraten.

Die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich des Antrags der CSU auf Vorlage einer Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse 1998 bis 2001 und eine Untersuchung, weshalb sich die hohen Zuwächse ergeben haben, wird zur Kenntnis genommen.

Bezüglich des Antrags der KIK-Fraktion auf eventuelle Einstellung einer ABM-/SAM-Kraft bzw. die Beauftragung eines städtischen Mitarbeiters mit der Umsetzung des Energiesparkonzepts, schlägt Oberbürgermeister Moser vor, keine neue Kraft einzustellen, sondern diese Aufgabe auf einen städtischen Mitarbeiter zu übertragen.
Die KIK-Fraktion ist damit einverstanden.

C) Einzelplan 1

a) Hst. 1142.6320 – Verschiedener Betriebsaufwand für AGENDA 21

Die KIK-Fraktion beantragt die Wiederaufnahme bzw. die Neubildung der Arbeitskreise der AGENDA 21. Hierfür sollen im Haushaltsjahr 2002 5.000 € eingestellt werden.

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, für das Jahr 2002 nur die bereits vorgesehenen 1.020 € einzustellen. Er sagt auch zu, eine Bestandsaufnahme vornehmen zu lassen, welche Arbeitskreise noch aktiv sind.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die Ansätze im Einzelplan 1 bleiben bestehen.

D) Einzelplan 2

a) Hst. 2000.6320 – Sachkosten Modellprojekt Schulsozialarbeit

Die SPD beantragt die Überprüfung der Fördermöglichkeit der Stelle eines Schulsozialarbeiters durch das Sozialministerium bzw. die evangelischen und katholischen Dekanate.

Stadtrat Heisel erläutert den Antrag näher.
Stadtrat Müller meint, dass die Stadt Kitzingen dem Freistaat Bayern deutlich machen sollte, dass wir nicht gewillt sind, das Projekt Schulsozialarbeiter selbst weiterzuführen.
Auch Stadtrat Weiglein weist noch einmal darauf hin, dass es sich hierbei um keine Pflichtaufgabe der Stadt Kitzingen handelt.

Stadtrat Dr. Oschmann bestreitet die Notwendigkeit eines Schulsozialarbeiters nicht. Ihm geht es lediglich um die Kosten.
Oberbürgermeister Moser steht ebenfalls auf dem Standpunkt, dass die Arbeit eines Schulsozialarbeiters dringend erforderlich ist. Er sieht dies aber trotzdem als originäre Arbeit des Staates an, so dass auch die entsprechenden Mittel vom Staat fließen müssen. Dem Staat dürfe kein Signal gegeben werden, dass die Kommunen bereit sind, Kosten zu übernehmen. Er schlägt folgenden Beschluss vor:
1. Die Stadt Kitzingen erkennt den Bedarf an Schulsozialarbeit in Kitzingen an.
2. Schulsozialarbeit ist originäre Erziehungs- und Bildungsaufgabe des Staates.
3. Die Finanzierung kann nur durch den Staat erfolgen.

Hierüber lässt Oberbürgermeister Moser nach einer weiteren kurzen Diskussion abstimmen.

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Die Stadt Kitzingen erkennt den Bedarf an Schulsozialarbeit in Kitzingen an.

- Mit 26 : 0 Stimmen-

Schulsozialarbeit ist originäre Erziehungs- und Bildungsaufgabe des Staates.

- Mit 23 : 3 Stimmen –

Die Finanzierung kann nur durch den Staat erfolgen.

Die Ansätze im Einzelplan 2 bleiben unverändert.

Der Oberbürgermeister unterbricht die Sitzung von 19.00 bis 19.10 Uhr.

E) Einzelplan 3

a) Budgetierung von städtischen Einrichtungen;
Musikschule der Stadt Kitzingen

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Das Budget der Musikschule der Stadt Kitzingen wird im Haushaltsjahr 2002 auf 284.880,00 Euro festgesetzt. In dieser Summe sind 8.560,00 Euro zusätzlich zum Vorjahresbudget enthalten für Innenrenovierungsarbeiten (Haushaltsstelle 0.3341.6790, Innere Verrechnungen, Leistungen Bauhof).

b) Budgetierung von städtischen Einrichtungen;
Stadtbücherei im Lutipoldbau

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Das Budget der Stadtbücherei im Luitpoldbau wird im Haushaltsjahr 2002 auf 202.530 Euro festgesetzt.

Außerhalb dieses Budgets sind auf Haushaltsstelle 0.3521.5011
20.000 Euro für die Erneuerung der Bodenbeläge bereitgestellt.

c) Budgetfestlegung 2002 für die Volkshochschule

Hier weist Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer darauf hin, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen der Kämmerei und der Volkshochschule hinsichtlich der Budgethöhe gegeben hat. Inzwischen habe man sich aber auf ein Budget in Höhe von 188.200 € für das Jahr 2002 geeinigt.

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Das Budget der Volkshochschule beträgt für 2002 188.200 €.

d) Budgetfestlegung 2002 für die Alte Synagoge

- Mit 26 : 0 Stimmen –

Das Budget der Alten Synagoge beträgt für 2002 62.070 €.

e) Hst. 3000.6317 – Sonderausstellungen in der Rathaushalle

Die SPD fordert, den Grundsatzbeschluss über die Sonderausstellungen in der Rathaushalle aufzuheben.

Die KIK hingegen fordert die Einstellung der Mittel in die mittelfristige Finanzplanung, die im Entwurf des Werkvertrages mit „multiculture“ vorgesehen sind.

Stadtrat Heisel erläutert seinen Antrag eingehend.
Im Anschluss daran erläutert Stadtrat Popp sehr ausführlich seinen Antrag.
Für Stadträtin Schmidt hat die Sanierung des Museum oberste Priorität.
Amtmann Hartner betont nachdrücklich, dass sich die vorgelegte Beschlussvorlage durch die hohen Kosten erkläre und rein gar nichts mit der Qualität der Ausstellung zu tun hat. Bei annähernd denselben Kosten werde nur noch eine anstatt zwei Ausstellungen jährlich von „multiculture“ angeboten.
Auf die Frage von Stadtrat Müller bezüglich eines Schadenersatzanspruches von Herrn Christof, entgegnet Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel, dass noch kein Vertrag abgeschlossen worden ist. Allerdings habe Herr Christof das Recht aufgrund „cic“, Schadenersatz geltend zu machen.
Nach weiterer, sehr ausführlicher Diskussion, stellt Stadtrat Weiglein den Antrag auf Schluss der Debatte.

- Mit 4 : 22 Stimmen –

Die Durchführung je einer Ausstellung zur Stadtgeschichte gemäß Angebot von „multiculture“ vom 28.12.2001 in den Jahren 2004 und 2005 wird abgelehnt.

- Mit 13 : 13 Stimmen –

Der Antrag der SPD auf Aufhebung des Grundsatzbeschlusses über die Sonderausstellungen in der Rathaushalle, wird abgelehnt.

f) Hst. 3200.40SN – Personalausgaben städtisches Museum

Die SPD beantragt die Ausschreibung der Stelle einer Museumsfachkraft in 2002. Ab dem 01.01.2003 sollte die Stelle dann mit eine Halbtagskraft besetzt werden.

Stadtrat Heisel erläutert den Antrag.
Stadträtin Wallrapp plädiert dafür, den bestehenden Vertrag mit Frau Cleaton zu verlängern.
Amtmann Hartner verweist darauf, dass die Möglichkeit, den SAM-Antrag zu verlängern, vorrangig sein sollte und im Übrigen auf die Stellungnahme.
In diesem Zusammenhang teilt Amtmann Hartner mit, dass Frau Cleaton im Mai einen Zwischenbericht im Stadtrat abgeben wird, worüber Einvernehmen besteht.
Aufgrund der entstandenen Diskussion, zieht Stadtrat Heisel den Antrag der SPD zurück.

g) Hst. 3200.6300 – Verschiedene Aufwendungen für Verwaltung und Betrieb

Zu dieser Haushaltsstelle liegt ein Antrag der SPD vor. Sie beantragt die Einstellung von 500 € in den Haushalt 2002 für die Weiterführung des museumspädagogischen Arbeitskreises.

Nach der Erläuterung des Antrags durch Stadtrat Heisel entsteht eine kurze Diskussion. Aufgrunddessen zieht Stadtrat Heisel den Antrag der SPD zurück.

h) UA 3660 – Heimatpflege

Stadtrat Sauerbrey beantragt ein neues Rohr für den Maibaum in Sickershausen.
Oberbürgermeister Moser schlägt vor, die vorgeschlagenen Mittel in Höhe von 300 € im Haushalt 2002 beizubehalten und in Zusammenarbeit mit Stadtrat Sauerbrey einen neuen Standort für den Mai- und Christbaum in Sickershausen zu suchen.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die Ansätze im Einzelplan 3 bleiben unverändert.

F) Einzelplan 4

a) Budgetierung von städtischen Einrichtungen;
Aufhebung der Budgetierung für das Jugendhaus „Freestyle“ im Haushaltsjahr 2002

- Mit 26 : 0 Stimmen –

1. Für das Jugendhaus wird im Jahr 2002 kein eigenes Budget festgelegt, da der genaue Zeitrahmen und Ablauf für den Übergang zum „Zentraltreff“ in der Innenstadt noch nicht abgeschätzt werden kann. Die Kosten des neuen Treffs (z.B. Energiekosten, Wasser, Reinigung, evtl. Herrichten durch Bauhof) sollen ebenfalls auf dem vorhandenen Unterabschnitt 4607 gebucht werden, der genaue Mittelbedarf bzw. die Höhe der Einsparung sind momentan nicht bezifferbar.

2. Die bisher im Haushaltsentwurf für den Unterabschnitt 4607 genannten Mittel in Höhe von 124.555 Euro (Abgleich) werden um die Personalkosten für die zweite Sozialpädagogenstelle in Höhe von 42.250 Euro gekürzt, so dass Mittel in Höhe von 82.305 Euro verbleiben. Die Summe von 42.250 Euro wird auf der neuen Haushaltsstelle 0.4050.6300 „Jugendhilfe – Einrichtung dezentraler Treffs“ in den Haushalt 2002 eingestellt.

b) Hst. 4620.7170 – Familienpass

Die ÖDP will keine Kürzung des Ansatzes. Sie beantragt, dass die Mittel in Höhe von 15.000 € beibehalten werden.

Stadträtin Schmidt erläutert den jetzt vorliegenden Antrag, erinnert aber auch an ihren gleichlautenden Antrag zu den Haushaltsberatungen 2001.
Stadträtin Fabian, Jugendreferentin, stellt fest, dass der Jugendbeirat in seiner Diskussion über den Antrag festgestellt hat, dass vor einer Entscheidung eine Änderung der Landes- bzw. Bundesförderung für Familien abgewartet werden soll.
Oberbürgermeister Moser weist auch darauf hin, dass die für 2002 eingestellten Mittel in Höhe von 12.000 € ausreichen werden.
Aufgrund einer weiteren kurzen Diskussion zieht Stadträtin Schmidt ihren Antrag zu den Haushaltsberatungen 2002 zurück, mit der Maßgabe, dass über den vorhergehenden Antrag endlich entschieden wird.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

c) Hst. 4651.7090 – Zuschüsse Spielraum e.V.

Auch zu dieser Haushaltsstelle liegt ein Antrag der ÖDP vor. Stadträtin Schmidt schlägt vor, den Spielraum e.V. in das Gebäude der Siedlungsschule auszulagern. Sie erwartet sich dadurch die Einsparung von Mietkosten.

Die Verwaltung weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass der Verein derzeit bereits in städtischen Räumen (Am Galgenwasen) untergebracht ist. Auch sind in den letzten Jahren erhebliche Mittel aufgewendet worden, um die Räume am Galgenwasen entsprechend auszurüsten und die Brandschutzauflagen zu erfüllen. Aus räumlichen Gründen ist die komplette Unterbringung aller Gruppen des Spielraum e.V. im Grundschulgebäude nicht möglich.
Amtmann Hartner weist noch darauf hin, dass der Verein Spielraum e.V. mit dem derzeitigen Zustand vollkommen zufrieden ist.

d) Hst. 4701.7001 – Zuschuss Altenhilfe

Die KIK-Fraktion beantragt die Einrichtung eines Internetcafes für Senioren/innen.

Die Verwaltung sieht keine Probleme darin, die vorhandenen Internetplätze in der Stadtbücherei bzw. dem Jugendhaus durch einen Kreis surfender Senioren/innen nutzen zu lassen.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 4 bleiben unverändert.

G) Einzelplan 5

a) UA 5800 – Parkanlagen und öffentliche Grünflächen

Stadtrat Sauerbrey bittet um Überprüfung, ob das Drainagewasser aus dem Bereich „Am Wasen“ in die Kanalisation eingeleitet wird.

Nach Auskunft des Stadtbauamtes wird das Drainagewasser aus dem Bereich „Am Wasen“ nicht in die Kanalisation eingeleitet, sondern durch ein gesondert verlegtes Rohr in den Graben der Birkenstraße.

Hiervon wird Kenntnis genommen.

Die Ansätze im Einzelplan 5 bleiben unverändert.

H) Einzelplan 6

a) Hst. 6300.5130 – Straßenunterhalt und Fahrbahnerneuerung

Die KIK-Fraktion beantragt die Entschärfung einer unübersichtlichen Verkehrssituation am Ortseingang Hohenfeld durch Einzeichnen einer durchgehenden Mittellinie.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass eine durchgehende Mittellinie aufgrund des Kurvenradius und der Straßenbreite nicht sinnvoll ist.

Oberbürgermeister Moser sagt aber zu, den Wunsch ohne großen Aufwand zu erfüllen.

Hiermit besteht Einverständnis.

b) Hst. 6815.1192 – Parkplatzgebühren und ähnliche

Die USW-Gruppe bittet um eine Untersuchung, ob ein begrenztes kostenloses Parken (1. Stunde kostenlos) einen Beitrag zur Belebung der Innenstadt leisten könne und welche Kosten hierbei für die Stadt entstünden.

Die Verwaltung hat zu diesem Antrag eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, in der unter anderem darauf hingewiesen worden ist, dass ein Gebührenverzicht bei den Parkgaragen aus steuerlichen Gründen nicht ratsam ist und sich der Einnahmeverlust bei den Parkplätzen außerhalb der Parkgaragen auf bis zu 200.000 € belaufen wird.

Stadtrat Müller bittet aber darum, sich nach Modellprojekten anderer Städte zu erkundigen und mit dem Stadtmarketingverein darüber zu diskutieren. Im Stadtrat sollte im Laufe dieses Jahres darüber beraten werden.

Hiermit besteht Einverständnis.

Die Ansätze im Einzelplan 6 bleiben bestehen.

I) Einzelplan 7

a) Hst. 7911.40SN – Wirtschaftsförderung

Die KIK-Fraktion beantragt die Schaffung einer Stelle eines Stadtmarketingbeauftragten, vorerst auf drei Jahre befristet.

Oberbürgermeister Moser weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin und regt an, die Diskussion während der Beratungen zum Stellenplan zu führen.

Die Ansätze im Einzelplan 7 bleiben bestehen.

J) Stadtrat Müller bezieht sich noch auf die Hst. 0331.2616 – Verzinsung von Steuernachforderungen (Gewerbesteuer). Hier sind 100.000 € eingestellt, während im Jahr 2001 lediglich 51.129 € eingestellt gewesen sind.
Amtsrätin Erdel erklärt, dass das Rechnungsergebnis im Jahr 2001 130.674 € und 2000 131.129,49 € betragen hat. Sie weist aber noch darauf hin, dass der Ansatz in 2002 durchaus risikobehaftet sei, weil man nie wisse, welche Nachholungsfälle zum Tragen kämen.

K) Stadträtin Wallrapp weist als Fremdenverkehrsreferentin noch darauf hin, dass am Faschingsdienstag der Landkreisfaschingsumzug in Volkach stattfinden wird. Sie bittet alle StadtratskollegInnen darum, diesen Umzug zu besuchen.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.

Oberbürgermeister	Protokollführerin
gez.	gez.
Moser	Rose